

Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar (1938-1940)*

Von Wolf-Ingo Seidelmann

Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936 verpflichtete die Saarhütten, ihren Eisenerzabbau auf der Baar schrittweise auf 3,6 Mio. Tonnen Roherz¹ pro Jahr zu steigern. Für 1938 waren 1,2 Mio. t vorgesehen, tatsächlich gefördert wurden jedoch nur 440.000 t. Die Doggererz-Bergbau GmbH (DBG), 1936 von den fünf Saarwerken als Erzabbaubetrieb in Blumberg gegründet, führte dies auf Personalengpässe zurück, die vom Bau des Westwalls und der staatlichen Hermann-Göring-Werke ausgelöst worden waren. Die Situation entspannte sich erst, als man im Herbst 1938 vom Arbeitsamt die Erlaubnis erhielt, 500 italienische Arbeiter anzuwerben. Von etwa 900 im Sommer 1938 stieg die Zahl der Beschäftigten in Blumberg auf über 1.500 im Februar 1939 an. Die DBG bemühte sich, den Zeitverzug wenigstens teilweise aufzuholen und baute den Stobergstollen auf eine Förderkapazität von 3.000 t pro Arbeitstag aus. Um seine Abbauzahlen rasch steigern zu können, nahm das Unternehmen am 13. Oktober 1938 den Tagebau am Eichberg mit dem Ziel auf, ab April 1939 täglich weitere 3.000 t direkt an der Oberfläche zu gewinnen. Die Crux war nur, dass der geplanten Gesamtfördermenge von 6.000 t viel zu geringe Aufbereitungskapazitäten gegenüberstanden. Sie betrug ganze 2.600 t pro Tag. 1.800 t konnten die vier Schachtröstöfen² verarbeiten, den Rest eine Magnetscheideanlage der Frankfurter Firma Lurgi. Als die Saarhütten versuchten, die lehmigen und mulmigen Tagebauerze roh zu verhütten, hatten sie prompt mit Störungen an den Produktionsanlagen zu kämpfen. Folglich beschchnitt man in Blumberg die Planung für den Tagebau wieder und beließ es dabei, dass die Hochöfen an der Saar lediglich geringe Prozentsätze an Doggererz enthielten.

Die eingetretenen Verzögerungen hatten nicht nur externe Ursachen: Vor allem wegen ihres akuten Kapitalmangels hielten sich die Grubeneigner beim Ausbau ihrer Anlagen seit 1937 eher zurück. Den Werken an der Saar war seit langem bewusst, dass die verlangte Fördersteigerung nicht ohne teure Erweiterungsinvestitionen in Bergwerk, Aufbereitungsanlagen, Wohnsiedlungen und in die Hochöfen auf den Hüttenstandorten zu erzielen war. Allerdings fühlten sie sich überfordert³, die Mittel dafür allein aufzubringen. Man sandte deshalb am 10. Oktober 1938 eine Denkschrift⁴ an das Reichswirtschaftsministerium (RWM), die dem Adressaten vorrechnete, dass die Saarhütten bereits mehr als 10 Mio. RM in Blumberg investiert hatten. Der angeordnete Vollausbau von Bergwerk und Hochöfen auf die Endwerte des Vierjahresplans verlange sogar die enorme Summe von 25,6 Mio. RM.

* Fortsetzung des in den *Schriften der Baar*, Bd. 41 (1998) S. 44 ff. abgedruckten Aufsatzes desselben Verfassers.

Darüber hinaus müssten die Werke jährliche Betriebskostendefizite in Höhe von 15 Mio. RM tragen, wenn sie 700.000 t Roheisen aus badischem Doggererz anstatt aus billiger lothringischer Minette erschmelzen. Zwar enthielt das Papier keinerlei konkrete Forderungen, aber seine schiere Existenz machte deutlich, dass die Saarwirtschaft umfassende Hilfe vom Staat erwartete, wenn sie die von ihm vorgegebenen Ziele erreichen sollte.

Die Saar stieß damit eine offene Frage wieder an, in der sie Triebfeder und Getriebener zugleich war. Hermann Röchling und das Neunkircher Eisenwerk hatten sich für die Erze der Baar vor allem deshalb interessiert, weil sie befürchten mussten, im Falle von Krieg oder Zahlungsbilanzproblemen von der Zufuhr lothringischer Minette abgeschnitten zu werden, die bislang ihre unangefochtene Produktionsgrundlage bildete. 1938 schienen sich nun sämtliche Befürchtungen zu bewahrheiten: Die Versorgung der Saarwerke mit französischen Erzen verschlechterte sich derart, dass die Aufrechterhaltung der Produktion ernsthaft gefährdet schien. War es bislang üblich gewesen, dass die Saar ihre Erze im Tausch gegen Kohle oder Koks aus eigener Produktion bezog, so verfügten ihre französischen Partner nun Minette-Exportbeschränkungen zugunsten ihrer eigenen, inzwischen besser ausgelasteten Montanindustrie. Zwar gelang es meist, die fehlenden Erzmengen gegen Devisen zu beziehen, doch waren gerade diese sehr rar im Dritten Reich. Hinzu kam, dass auch das Tauschmittel der Deutschen – Kohle und Koks – knapp zu werden begann, weil rüstungsbedingt die Inlandsnachfrage stetig zunahm. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung entstand die Denkschrift der Saalhütten.

Die Ziele ihres lautstärksten Vertreters gingen über die Sicherstellung der notwendigen Erzversorgung freilich weit hinaus. So hatte der Völklinger Hüttenwerksbesitzer Hermann Röchling seinem Aufsichtsrat im Jahre 1937 mitgeteilt:

„Unsere hiesige Hochofenanlage ist bei voller Ausnutzung der vorhandenen fünf Hochofen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Ich halte es daher für erforderlich, dass wir auch zu einem Hochofenwerk auf der Erzbasis in Südbaden kommen, dem sich dann Stahl- und Walzwerke anschließen müssen. Es ist auf Dauer untragbar, Kohle und Koks von der Saar nach Südbaden zu fahren, das Roheisen zurückzukutschieren und nördlich an Zollhaus-Blumberg vorbei unsere Fertigfabrikate von der Saar nach Süddeutschland zu unseren Abnehmern zu fahren“⁵.

Leider fehlte Röchling das notwendige Kapital zur Realisierung seiner weitgespannten Pläne. Also versuchte er über Jahre hinweg, den nationalsozialistischen Autarkiekurs für seine eigenen betriebswirtschaftlichen Ziele auszubuten und mit rüstungs- und devisenpolitischen Argumenten um Subventionen zu werben.

So hatte Röchling dem RWM im Herbst 1935 einen phantastischen Vorschlag unterbreitet, der die „endgültige und grundlegende Befreiung der Knebelung der Saarindustrie von französischer Erzzufuhr“⁶ mit sich bringe und etwa 30 Mio. RM an Devisenausgaben ersparen könne. Demnach sollte ein Unternehmen gegründet werden, dessen Aufgabe es war, 70 Mio. RM auf der Baar zu investieren, um dort gewaltige Mengen an Doggererz zu fördern und aufzubereiten. Dem Reich war dabei die Rolle eines Zahlmeisters beschieden: Es sollte nicht nur für die Investitionskredite der Doggererzgesellschaft bürgen, sondern den Saalhütten auch sämtliche Mehrkosten vergüten, die ihnen aus dem Einsatz der badischen Erze entstanden. Zu

deren Leidwesen lehnte das von Hjalmar Schacht damals geleitete RWM den Vorschlag jedoch ab. Nach dessen Entmachtung bearbeitete Röchling dann Hermann Göring, den Beauftragten für den 1936 verkündeten Vierjahresplan. Dieser griff die Anregungen von der Saar zwar endlich auf, aber leider nicht in der gewünschten Form. Statt den Montanbetrieben endlich die erhofften Subventionen zu gewähren, beschloss Göring am 15. Juli 1937 ein staatliches Hüttenwerk auf der Saar zu errichten. Der Anschluss Österreichs brachte neun Monate später den steirischen Erzberg in deutsche Hand. Als Konsequenz daraus verzichtete Göring auf seine süddeutschen Hüttenbaupläne und entschloss sich, ein großes Montankombinat in Linz an der Donau zu verwirklichen. Die Frage der Verhüttung des badischen Eisenerzes blieb deshalb weiter ungelöst.

Beim Empfänger der Denkschrift, dem Berliner RWM, hatte es nach der Demission Schachts als Reichswirtschaftsminister und der Ernennung Walther Funks zu dessen Nachfolger eine völlige Umorganisation und teilweise Verschmelzung mit den Vierjahresplanbehörden gegeben. Weil er sich nicht genügend um die Verhüttung deutscher Eisenerze bei der Montanindustrie gekümmert hatte, war Heinrich Schlattmann Ende 1937 seines Postens als Leiter der Bergbaubauabteilung verlustig gegangen; Chef der neu geschaffenen Hauptabteilung II (Bergbau-, Eisen- und Stahlerzeugung) wurde im Februar 1938 Hermann von Hanneken. Der im Range eines Generalmajors stehende Beamte war von Göring bereits im Juli 1937 zum Bevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung ernannt worden und spielte fortan die Hauptrolle bei allen Entscheidungen der Berliner Ministerialbürokratie in den Fragen der Eisen- und Stahlerzeugung. Von Hanneken musste die immer noch ungelöste Frage der Verhüttung badischer Eisenerze sehr ernst nehmen, weil sich die Lage auf dem Eisen- und Stahlsektor seit Monaten zuspitzte. Das wachsende Tempo der Aufrüstung, der Bau des Westwalls und der Hermann-Göring-Werke ließen die Nachfrage nach Eisen und Stahl stetig ansteigen, ohne dass der Montansektor ausreichende Produktionszuwächse erzielen konnte. Die metallverarbeitende Industrie sah sich deshalb mit wachsenden Lieferfristen konfrontiert, die zum Ende des Jahres 1938 auf neun Monate anstiegen. Der störende Erzeugungseingpass bestand allerdings nicht bei den Stahl- und Walzwerken, sondern auf der Verarbeitungsstufe davor: Was fehlte, war das Roheisen. Obwohl sämtliche deutschen Hochöfen unter Vollast liefen, reichte deren Produktion nur dazu aus, die Kapazität der vorhandenen Stahl- und Walzwerke zu 85 Prozent auszulasten⁷. Als Folge davon musste sich von Hanneken Gedanken darüber machen, wie er sowohl die Roheisenerzeugung als auch den Einsatz von Inlandserzen erhöhen konnte. Eine Lösung versprach der Bau von neuen Aufbereitungs- und Verhüttungsanlagen, deren Verwirklichung die Saarwerke zwar seit langem planten, aber mangels Kapital nicht realisieren konnten.

Als ein führender Mitarbeiter des Neunkircher Eisenwerks zu ersten vertraulichen Gesprächen über die vorgelegte Denkschrift nach Berlin fuhr, erhielt er diskrete Argumentationshilfen vom RWM. Ein namentlich ungenannter Spitzenbeamter empfahl dem Saarindustriellen, wehrwirtschaftliche Gründe anzuführen, um sich vom Staat ein Hochofenwerk in Blumberg errichten zu lassen und anschließend dessen Betrieb zu führen. Die notwendigen Investitionen könnten

leicht aus dem Haushalt der Berliner Reichsstelle für Raumordnung finanziert werden⁸. Im Neunkircher Eisenwerk sah man sich endlich am Ziel und notierte erfreut: „Falls also der Plan gelingt, das Kapital für das Vorschmelzwerk von fremder Seite zu beschaffen und verzinsen zu lassen, dürfte die Saar wieder einmal bahnbrechend in der Verarbeitung deutscher Erze gewesen sein“⁹. Das mit dem Projekt verbundene Betriebskostendefizit hielt man entgegen den eigenen Verlautbarungen wohl für durchaus erträglich. Interne Berechnungen führten zu dem Ergebnis, dass sich bei Anwendung einer Mischkalkulation die gesamte Roheisenerzeugung um lediglich drei RM verteuere, was durch die Mehrerzeugung im Stahl- und Walzwerk sowie in der Weiterverarbeitung leicht auszugleichen sei¹⁰.

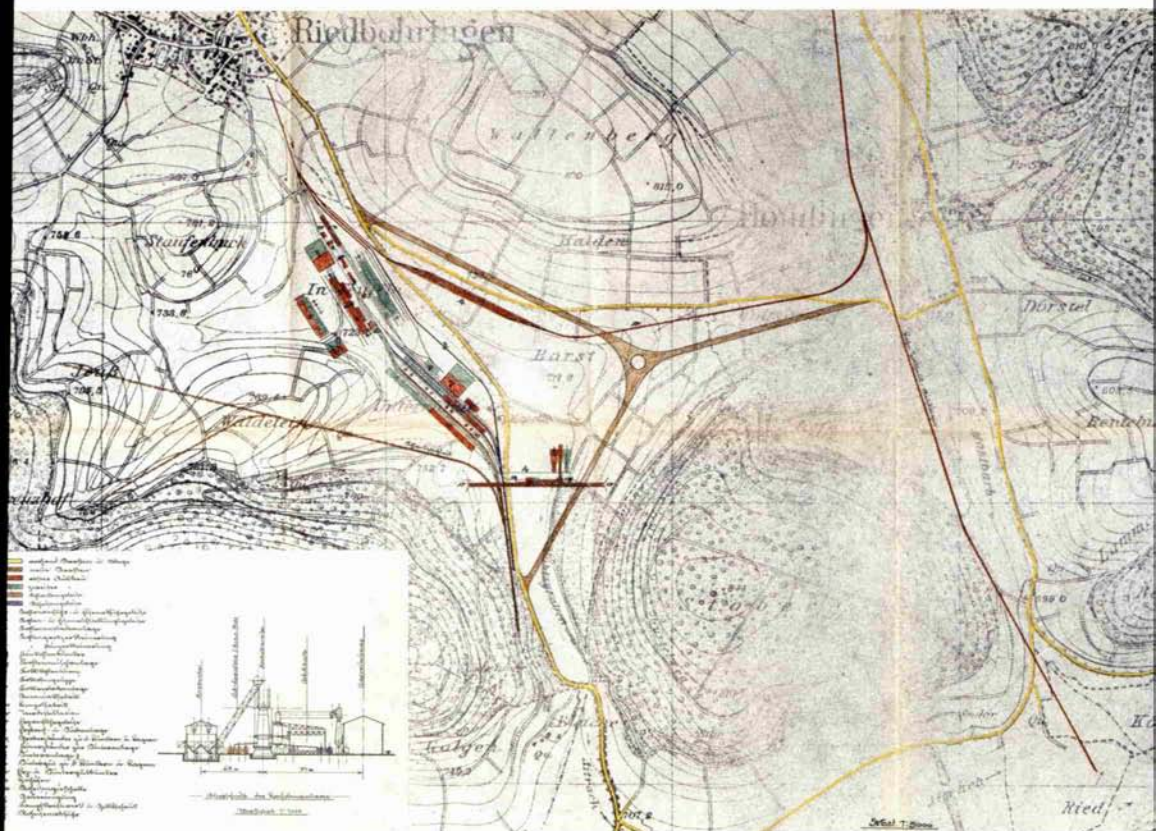
Von Hanneken berief im November 1938 eine Kommission ein, die sich mit den technischen Voraussetzungen für die geplante Fördersteigerung auf der Baar beschäftigen sollte. Organisatorisch angebinden war das vom Essener Professor Eduard Houdremont geleitete Gremium bei der Reichsstelle für Raumordnung, einer dem RWM nachgeordneten Behörde. Die „Doggererzkommission“, der neben den Saarwerken auch Vertreter des Vereins deutscher Eisenhüttenleute angehörten, legte am 26. Januar 1939 einen Zwischenbericht vor. Danach empfahl sie, die Erzförderung in einer ersten Phase von derzeit 3.000 t auf 5.000 t zu steigern und hälftig den Tagebauen und der Grube zu entnehmen. Das Stückerz aus dem Tiefbau (1.750 t) sollte künftig ausschließlich in den vier Röstöfen verarbeitet werden, das Feinerz aus dem Tagebau (2.500 t) und aus dem Tiefbau (750 t) dagegen in der bestehenden Lurgianlage. Da deren Kapazität lediglich 800 t betrug, schlug der Bericht vor, für die restlichen 2.450 t Feinerz bald neue Aufbereitungskapazitäten zu schaffen.

Größere Mengen in der Anfangsphase zu fördern hielt die Kommission für sinnlos, weil „die Verhüttungsanlagen an der Saar nicht mehr ausreichen, um ohne starke Leistungseinbuße die geförderte Doggererzmenge zu verarbeiten“¹¹. Der Grund bestand darin, dass das badische Material mehr Hochofenraum beanspruchte als die Minette. Man empfahl daher die notwendige Ausweitung der Verhüttungsanlagen auf der badischen Erzbasis vorzunehmen und dort ein Vorschmelzwerk zu errichten. Während der Bauzeit sollte die DBG ihre Eisenerzförderung in Blumberg kontinuierlich steigern und in der Endstufe auf einen dauerhaften Wert von 10.000 t pro Tag bringen. Der Plan sah vor, 60 Prozent des Erzes an Ort und Stelle zu verhütten. In den Hochöfen sollte jedoch kein Roheisen im üblichen Sinn erzeugt werden, sondern sog. Vorschmelzeisen, ein Zwischenprodukt, das wegen seines hohen Schwefelgehalts einer besonderen metallurgischen Nachbehandlung bedurfte. Die auf der Baar täglich erzeugten 1.200 t Vorschmelzeisen sollten dann per Bahn zur Saar verfrachtet und in den dortigen Hochöfen umgeschmolzen und durch Sodazugabe entschwefelt werden, bevor sie zu Thomasstahl weiterverarbeitet werden konnten.

Die restlichen 40 Prozent der Roherzförderung – also 4.000 t pro Tag – waren in Blumberg aufzubereiten oder zu rösten und dann auf den gleichen Weg zu schicken. Die Kommission errechnete für diese Variante einen deutlichen Produktionskostenvorteil gegenüber einem Alternativkonzept, das vorsah, die zusätzlichen Hochöfen an der Saar zu errichten, die komplette Tagesförderung von 10.000 t in

Blumberg lediglich aufzubereiten und in diesem Zustand zur Saar zu senden. Die Gründe dafür lagen vor allem im geringeren Beförderungsvolumen des Vorschmelzeisens. Außerdem hatte die Bahn in der Saarkohle nun auch Rückfracht für die Hochöfen auf der Saar und konnte so die Beförderungstarife niedriger gestalten. Dennoch waren dem Bericht zufolge selbst im günstigsten Fall Roheisenselbstkosten zu erwarten, die um gut 40 Prozent über dem Wert lagen, der bei Verwendung von Minetteerzen anfiel. Da eine Überwälzung der Mehraufwendungen auf die Eisenpreise wegen des seit 1936 herrschenden Preisstopps ausgeschlossen war, musste eine Lösung für die Finanzierung der Betriebskostendefizite und der erforderlichen Investitionen gefunden werden. Letztere berechneten die Mitarbeiter Röchlings in einer internen Studie auf ein Volumen von insgesamt 91 Mio. RM¹².

Von Hanneken setzte für den 9. Februar 1939 eine Besprechung in Berlin an, zu der die Vertreter der Saalhütten mit einem abgestimmten Vorschlag¹³ anreisten. Danach erklärten sie sich bereit, das in die DBG investierte Kapital um weitere fünf

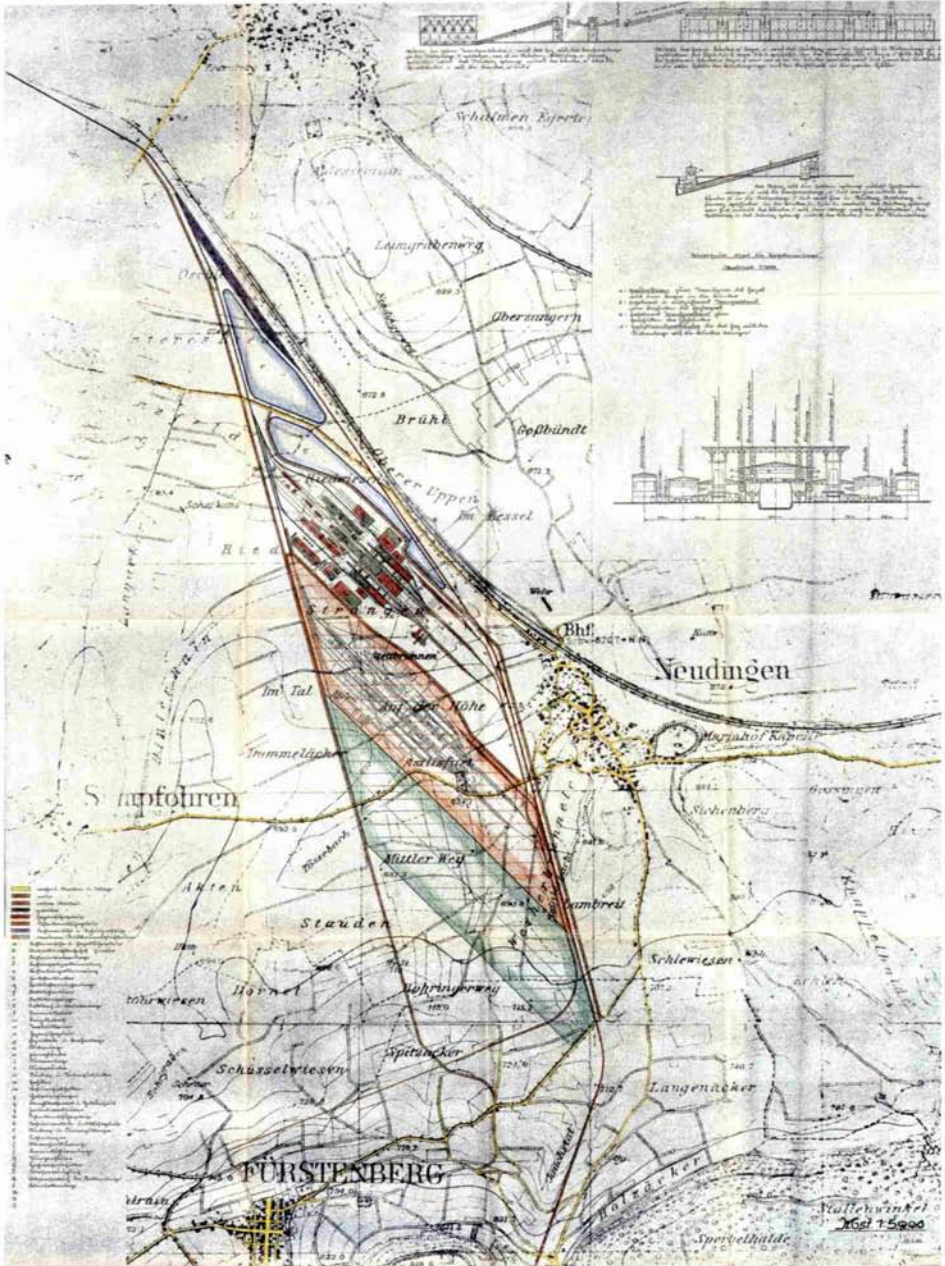


Eine von mehreren Standortalternativen für das Vorschmelzwerk: in direkter Bergwerksnähe, aber eingeklemt zwischen Staufenbuck, Eichberg, Stoberg und Wallenberg. Erste Ausbaustufe in Rot, die zweite in Grün. Planungsstand: April 1939; Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion Freiburg.

Mio. RM auf dann 25 Mio. RM aufzustocken und der Regierung innerhalb kürzester Frist ein Maßnahmenprogramm vorzulegen, das den erwünschten Ausbau der Erzgruben und den Neubau von Aufbereitungs- und Hochofenanlagen beinhalten würde. Das Geld dafür sollte in Form eines staatlichen Zuschusses aufgebracht werden, dessen Höhe die Doggerzkommision noch festzulegen hatte. Darüber hinaus erwarteten die Saarlütten, dass ihnen das Reich auf alle Zeit sämtliche Betriebsmehrkosten ersetzte, die aus dem Einsatz badischer Erze resultierten. In der Besprechung lehnte es von Hanneken jedoch kategorisch ab, den Saarlütten einen Blankoscheck für die Zukunft auszustellen. Er erklärte sich lediglich dazu bereit, „ab heute bis zur Errichtung des Vorschmelzwerks diejenigen Kosten, welche der Saar durch die Verhüttung der inländischen Erze zusätzlich entstehen, und zwar über das Maß hinaus, was man billigerweise verlangen kann, in irgend einer Form zu ersetzen. Der Zeitraum, wie lange dieser Zuschuss gewährt wird, hängt von der Errichtung des Vorschmelzwerks ab. Sobald dieses steht, fällt jede Unterstützung fort. Die Saar ist dann wieder auf sich selbst gestellt“¹⁴.

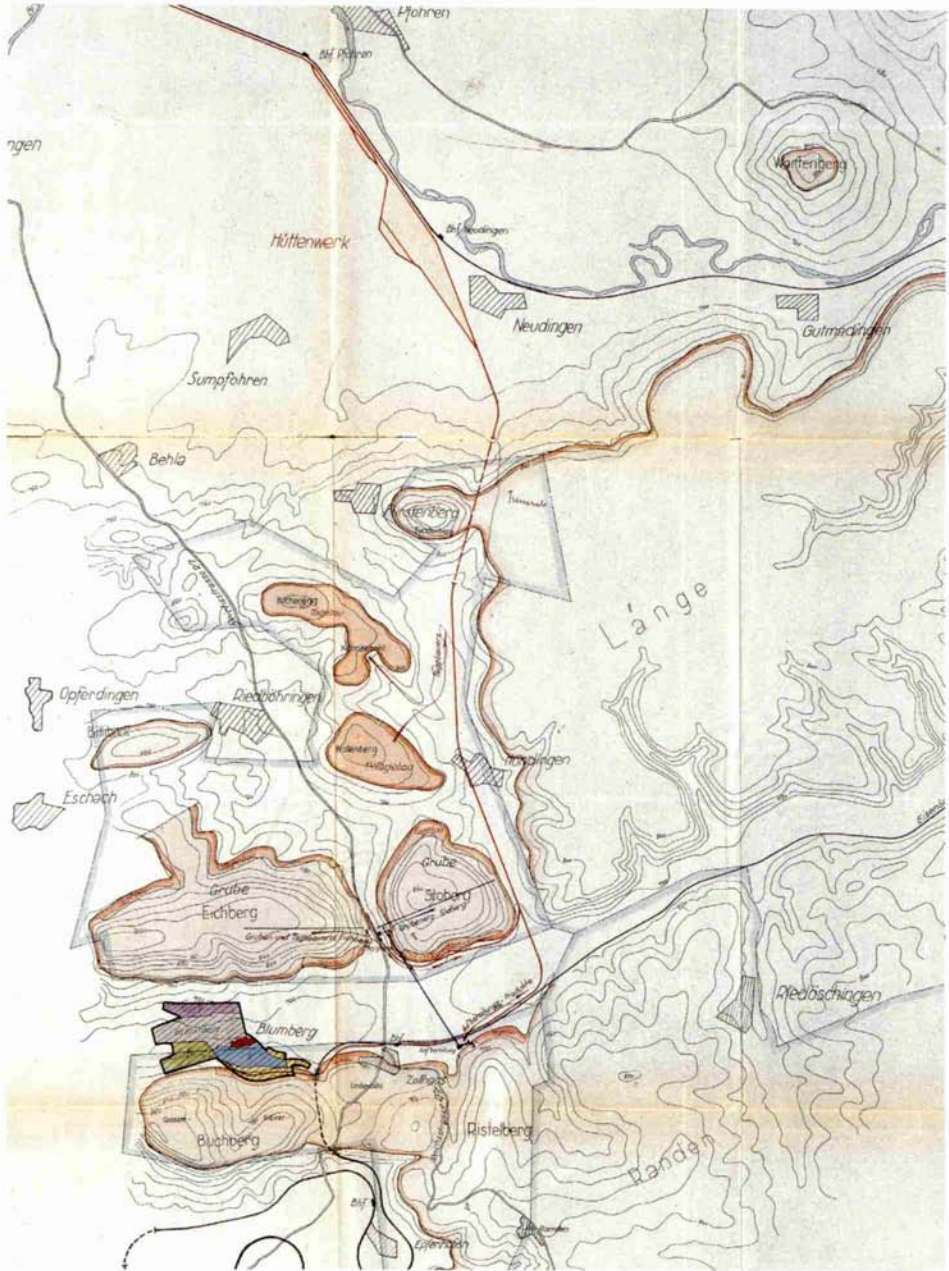
Zur Erörterung der Frage, welche Kostensteigerungen untragbar seien, beauftragte von Hanneken die Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie mit der Bildung einer weiteren Kommission. In ihr saßen nun auch Vertreter der Ruhr, die sich mit entsprechender „Begeisterung“ der Aufgabe zu widmen hatten, nach Kosten- und Ertragsentwicklungen zu forschen, auf deren Grundlage ihre Konkurrenten an der Saar staatliche Förderung erhalten sollten. Den Vorsitz des Gremiums nahm ausgerechnet Erich Poensgen ein, der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke und Leiter der Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie. Zwischen ihm und Herrmann Röchling hatte es noch einige Monate zuvor einen erregten Briefwechsel gegeben, in dessen Verlauf er der Saar massive Vorwürfe wegen ihrer Denkschrift vom Oktober 1938 machte. Barsch ließ er sie wissen: „Wie ich aus der mir inzwischen übergebenen Denkschrift ersehe, glaubt die Saarindustrie die für den künftigen Ausbau von Zollhaus-Blumberg erforderlichen 25,5 Mio. RM nicht selbst aufbringen zu können, und in diesem Zusammenhang ist das Wort Subventionen gefallen. Hier stehen sich Ihre Ansicht und die der Ruhrwerke diametral entgegen. Eine Subvention lehnen wir ab, wir wollen die entstehenden Lasten so lange wie möglich selbst tragen“¹⁵.

Von Hanneken hatte freilich dafür gesorgt, dass sich die Ruhrwerke nicht allzu widerspenstig zeigten. Mit Unbehagen mussten ihre Direktoren im November 1938 zur Kenntnis nehmen, dass im RWM zwei Fördermodelle kursierten. Stemmte sich die Ruhr allzu sehr gegen eine lokale, das heißt auf die Saar beschränkte Subventionierung durch den Reichshaushalt, griff am Ende eine schlimmere Variante. Diese bestand darin, dass man in Berlin die Verhüttung eisenarmer Inlandserze generell förderte und durch die Besteuerung von Auslandserzen, hochwertigen Inlandserzen und von Schrott finanzierte. Die Ruhr hätte in diesem Fall die Subventionen für ihren Konkurrenten an der Saar auch noch selbst aufbringen dürfen. Außerdem mussten sie befürchten, dass „damit auch der Weg vorgezeichnet wäre, um die Verluste der (staatlichen, WIS) Hermann-Göring-Werke umzulegen. Wenn überhaupt der Saar geholfen werden muss“, so resümierten die ernüchterten Ruhrindustriellen, „darf das nur durch eine Reichsunterstützung geschehen“¹⁶.



Nur das breite Donautal konnte bieten, was anderen Plätzen fehlte: Raum zur Erweiterung der Anlagen, aber auch zur Zerstörung der Baar. Direkt an der Donau: die erste (rot) und die zweite (grün) Ausbaustufe, mögliche Werksvergrößerungen hellrot und hellgrün unterlegt. Planungsstand: April 1939; Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion Freiburg.

Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar



Die Hütte in Neudingen lag zentral zu den beiden Bergwerken in der Baar. Eine ca. 12 km lange Werksbahn sollte das Erz von den Blumberger Gruben und Tagebauen nach Neudingen bringen. Für die Anfuhr der Gutmadinger Erze reichte die bestehende Reichsbahnstrecke aus;
 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion Freiburg.

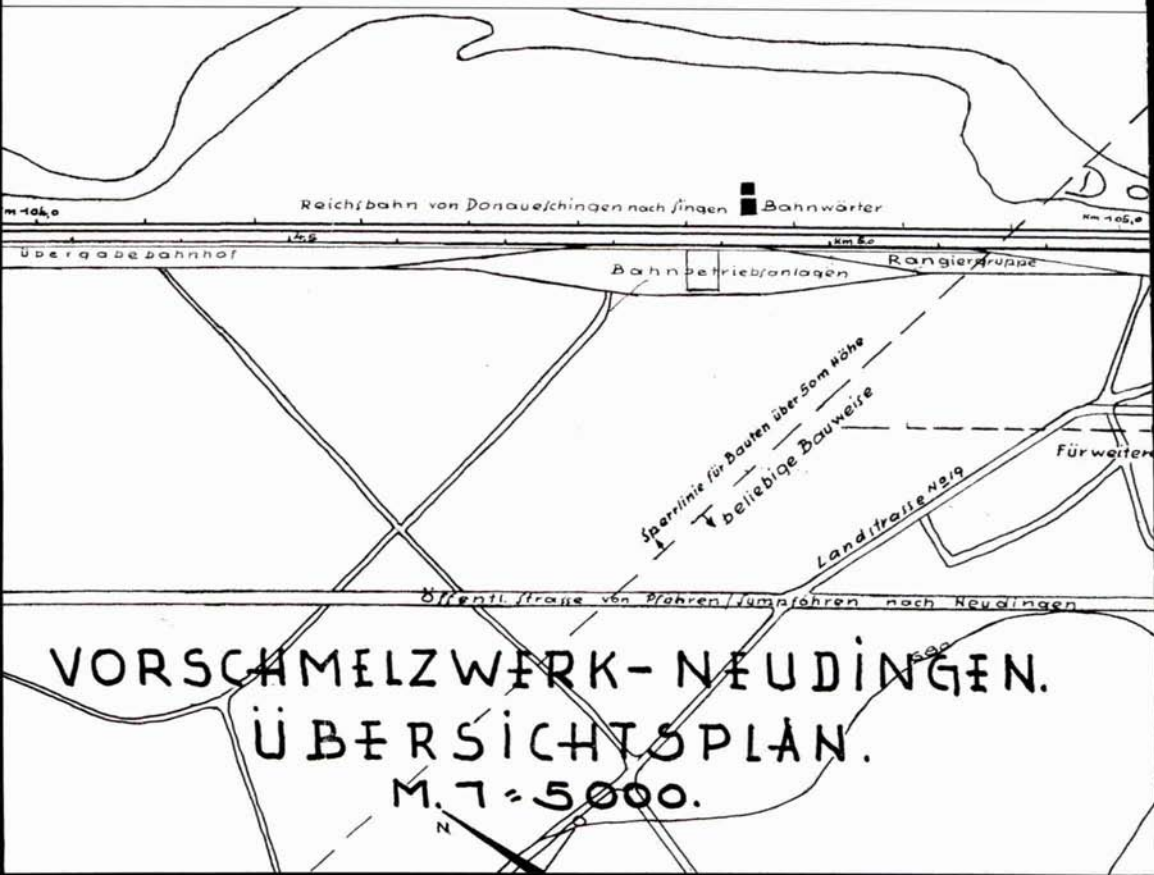
Die Kommission lieferte am 17. März 1939 ihren Bericht ab und befürwortete erwartungsgemäß die Errichtung eines Vorschmelzwerks auf der Baar und den Ausbau des Bergwerks bei Blumberg. Diese sollten jedoch nur als „Bereitschaftsanlagen für den A-Fall betrachtet und bei völliger Vorrückung der Gruben so schwach betrieben werden, wie dies betriebswirtschaftlich möglich ist“¹⁷. Auf diese Weise konnten die Saalhütten das Schwergewicht ihres Erzbezugs weiterhin auf die Minette legen, aber auch schnell auf badisches Erz umschalten, wenn Importprobleme auftauchten. Zur Abdeckung der damit verbundenen Betriebskostendefizite empfahl die Kommission, der DBG Förderprämien und den Saalwerken Verhüttungsvergütungen durch den Staat zu gewähren. Was die Errichtung des Vorschmelzwerks auf der Baar anbetraf, so stellte die Kommission kurz und bündig fest, „dass es weder für die Saar noch für die Eisenindustrie überhaupt möglich ist, diese Kosten aufzubringen, sondern dass das Reich diese Beträge zur Verfügung stellen muss“¹⁸.

Von Hanneken griff die Vorschläge nur teilweise auf. Das Konzept eines „Schattenbetriebs“, der nur im Notfall produzieren sollte, lehnte er entschieden ab. Schließlich ging es dem RWM nicht nur darum, die Erzversorgung der Saalhütten für den Notfall zu garantieren, sondern endlich eine nennenswerte Eisenproduktion aus süddeutschen Erzen in Gang zu setzen. In einem Briefwechsel, den das RWM zwischen Mai und Juli 1939 mit Otto Wolff, dem Hauptgesellschafter des Neunkircher Eisenwerks, führte, zeichneten sich dann konkrete Maßnahmen ab. Demnach war das Reich bereit, sich an einer Aktiengesellschaft zu beteiligen, die den Blumberger Grubenbetrieb übernehmen und ausbauen, sowie das Vorschmelzwerk auf der Baar erstellen sollte. Von den 50 Mio. RM Grundkapital hatten Reich und Saar jeweils die Hälfte zu übernehmen, wobei letztere das Sachvermögen der DBG in die Gründung der AG einbringen durfte. Da die Hüttenwerke diesen Wert mit rund 20 Mio. RM bezifferten, konnte sich deren Zusatzbelastung auf fünf Mio. RM beschränken. Den Hauptteil der liquiden Mittel – rund 25 Mio. RM – wollte das Reich aufbringen, weitere 40 Mio. RM sollten über eine Anleihe finanziert werden. Um die Verhüttungskosten des Doggererzes für die Saalhütten in einer Übergangszeit zu begrenzen, erklärte sich das Reich bereit, der AG bis zur Inbetriebnahme des Vorschmelzwerks eine Förderprämie von vier RM je t Erz zu zahlen. Was die Subvention vergangener Zeiten anbelangte, so konnte die Saar einen beachtlichen Erfolg erzielen. Hatte von Hanneken derartige Leistungen am 9. Februar noch kategorisch abgelehnt, so bestätigte er am 17. Juli 1939, das Reich werde zur Abgeltung aller Verluste, die den Saalhütten bislang bei der Doggererzverarbeitung entstanden seien, eine Entschädigung von drei Mio. RM zahlen¹⁹. Dieses Geld nutzten die Werke nun, um am 22. August 1939 die Doggererz AG (DAG) zu gründen – und zwar ohne das Reich. Dessen Beteiligung am gemeinsamen Unternehmen sollte sich nämlich noch über Monate hinweg verzögern, weil der um sein Budget besorgte Reichsfinanzminister hinhaltenden Widerstand leistete. Das Grundkapital der DAG betrug zwei Mio. RM und wurde von den Saalhütten bar eingezahlt. Zum Vorstand bestellte man Dr. Hans Bornitz, der seit Frühjahr 1938 das Amt des technischen Direktors bei der DBG bekleidete. Den Vorsitz im zehnköpfigen Aufsichtsrat übernahm der Generaldirektor der Dillinger Hütte, Wilhelm Wittke.

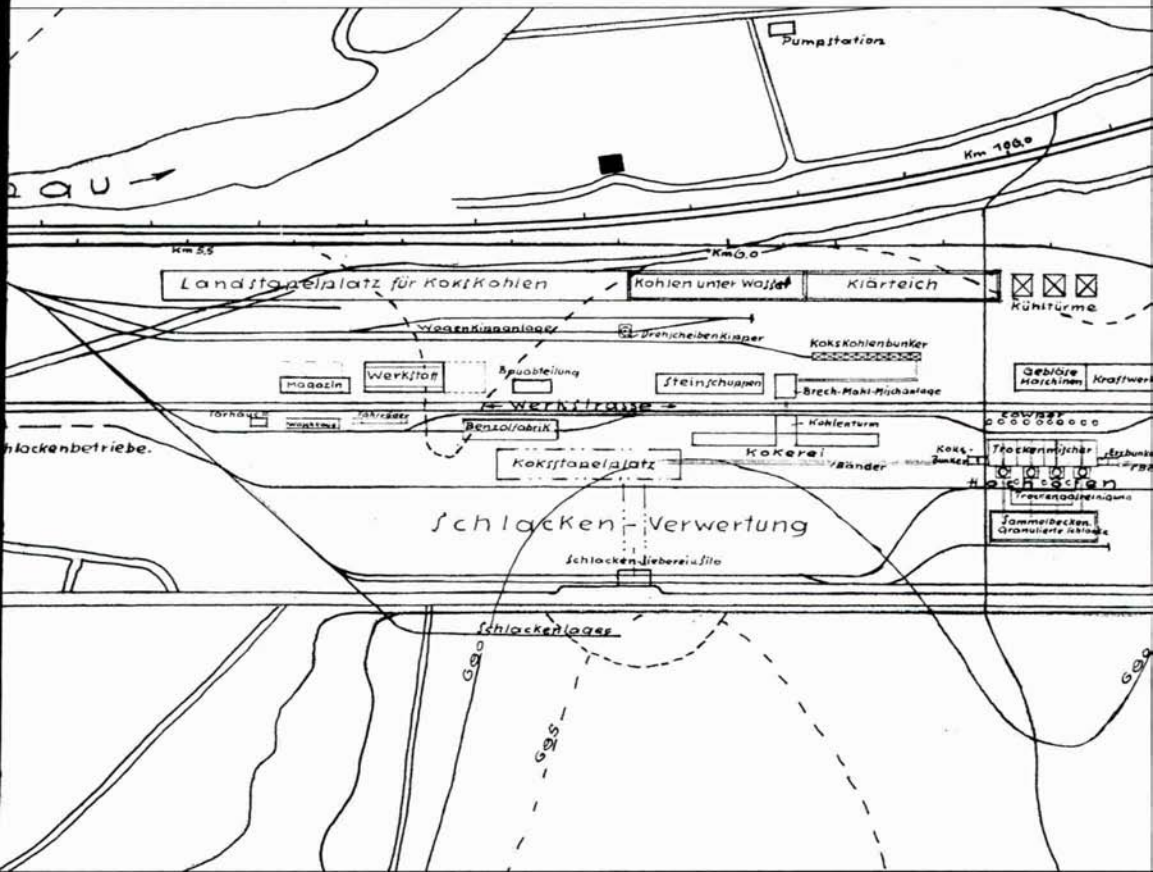
Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar

Diese Beschlüsse beendeten die Autonomie der Saalhütten in sämtlichen Fragen des Abbaus und der Verhüttung badischer Eisenerze. Als Hauptträger der künftigen Investitionslast gestaltete fortan das Reich den Gang der Dinge wesentlich mit. Für die Tagesarbeit bediente sich von Hanneken dazu der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau. Deren Fachreferent Dr. Rudolph Gerlach nutzte die gemeinschaftlich besetzte Doggererkommission als Instrument für die notwendige Abstimmung unter den Beteiligten. Ihr legten die Saarwerke am 21. März 1939 einen verbindlichen Schürffplan²⁰ vor, der die schrittweise Anhebung der kalender-täglichen Förderleistung von aktuell 3.500 t auf 8.000 t im Jahr 1942 vorsah. Eine Hauptrolle spielten dabei die Grubenerze, deren Förderung von derzeit 2.000 t auf 6.500 t zu verdreifachen war. Einziger Abbauort sollte bis Jahresende 1939 der Stobergstollen bleiben, danach wollte man mit dem Tiefbau im Eichberg beginnen. Was die Ausbeutung von Tagebauerzen anbelangte, so war eine nahezu konstante Förderung von 1.300 t geplant, die bis Jahresende 1940 in den sog. Randbetrieben²¹ Stoberg-Süd und Ristelberg-Nord zu erfolgen hatte.

Abbildung Seite 46 bis 48: Ausschnitt aus dem Übersichtsplan Vorschmelzwerk Neudingen. Donauaufwärts gewaltige Bahnanlagen für Kohlenempfang und Eisen- bzw. Erzversand. Am entgegengesetzten Ende (südlich Neudingen): Hüttenbahnhof, Erzsilo und Aufbereitungsanlagen. Dazwischen: Kokerei, Hochöfen und Kraftwerk. Planungsstand: August 1939; Staatsarchiv Freiburg.



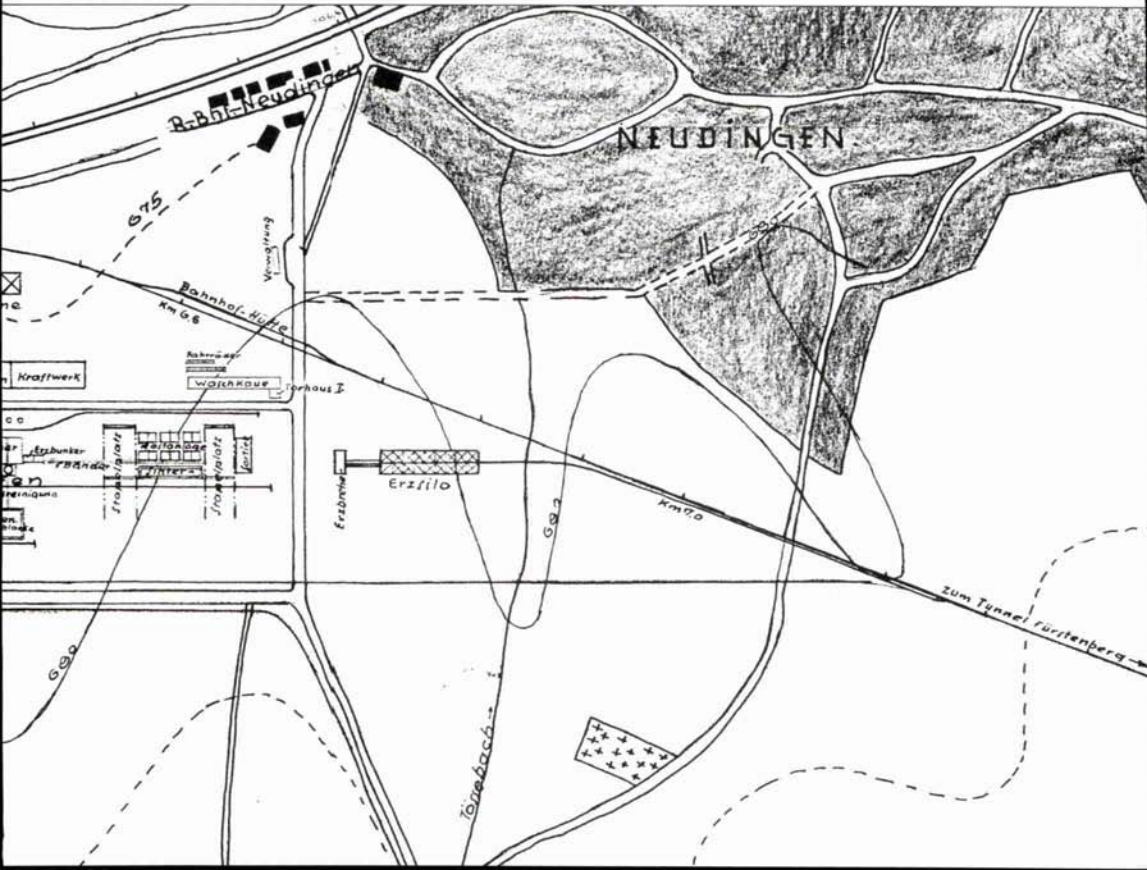
Die niedrigen Leistungsziele im Tagebau lagen darin begründet, dass die notwendigen Aufbereitungskapazitäten nicht zur Verfügung standen – und auch nicht geschaffen werden sollten. Zwar hatte die Doggererkommission im Januar 1939 vorgeschlagen, die aus vier Röstöfen und einer Lurgi-Magnetscheideanlage bestehenden Vorrichtungen zu ergänzen, doch vertraten die Gesellschafter der DBG konträre Auffassungen darüber, welche Technologie anzuwenden sei. Während Röchling ausschließlich auf die saure Verhüttung gerösteten Roherzes setzte, entschieden sich das Neunkircher Eisenwerk und die Burbacher Hütte dafür, Lurgi-Konzentrat im basisch geführten Verfahren niederzuschmelzen²². Die Gräben blieben in dieser Frage derart tief, dass der DBG-Aufsichtsrat bereits im Dezember 1938 daran gescheitert war, die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Röchling wandte sich entschieden gegen die vier Mio. RM teure Anschaffung von zwei weiteren Lurgi-öfen und begründete sie mit Vorbehalten an der Wirtschaftlichkeit des gesamten Verfahrens. Seine Partner dagegen hegten Zweifel an Röchlings Technologie²³ und sperrten sich, wie etwa die Dillinger Hütte, vehement gegen weitere Kostenbelastung. Die DBG vertagte ihre Investitionsentscheidungen auf einen Zeitpunkt, zu dem die technischen Planungen für das Vorschmelzwerk in einem reiferen Stadium angelangt sein würden. Allerdings wies ihr Erzabbauplan nun das unschöne Detail auf, dass in den Jahren 1941 und 1942 größere Mengen an Feinerz einzulagern waren, weil sie von den Saarlütten nicht verarbeitet werden konnten.



Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar

Um die technischen Grundlagen für den geplanten Hüttenbau zu erörtern, bildeten die Saarwerke im Februar 1939 einen „Technischen Ausschuss“. Das von Hermann Röchling geleitete Gremium bestand aus den für Technik zuständigen Vorstandsmitgliedern der Saarwerke und DBG-Geschäftsführer Dr. Hans Bornitz. Letzterem unterstand die Leitung eines gleichzeitig eingerichteten Hüttenbaubüros, das die technischen Rahmendaten zu ermitteln und entscheidungsreife Vorlagen für den Technischen Ausschuss zu erstellen hatte. Das mit zwei Fachkräften aus Neunkirchen besetzte Hüttenbaubüro der DBG konzentrierte sich im Sommerhalbjahr 1939 vor allem darauf, die künftige Ausschreibung der Bauarbeiten vorzubereiten. An ihnen gedachte sich der amerikanische Hüttenfachmann Hermann Brassert zu beteiligen, der im März 1939 ein erstes Vorangebot abgab und am 8. Juli 1939 zusammen mit Hermann Röchling die Baar in Augenschein nahm. Mit der Lurgi, den Zweibrücker Dinglerwerken und der Firma Ernst Heckel in Saarbrücken gab es aber auch deutsche Interessenten. Sie schlossen sich am 16. Juni unter Führung des Duisburger Maschinenbauunternehmens Demag zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Als Mitbewerber trat die Gutehoffnungshütte auf den Plan. Für die Projektierung des Hüttenkraftwerks forderte die DBG Siemens, AEG und BBC zur Abgabe von Vorangeboten auf.

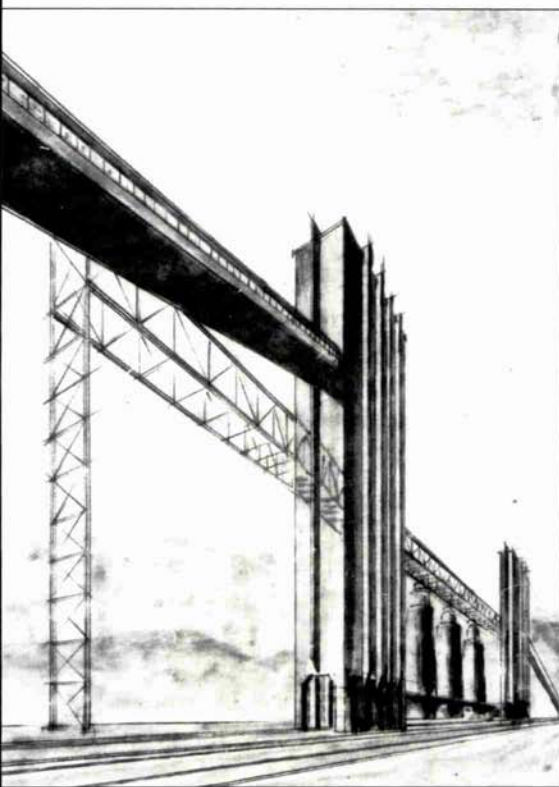
Zu klären war zunächst die Frage, an welcher Stelle die Hütte gebaut werden sollte. Bis zum Januar 1938 waren noch alle Beteiligten davon ausgegangen, dass der am besten geeignete Standort nahe der bestehenden Bergwerks- und Aufberei-



tungsanlagen zu suchen sei: im Aitrachtal zwischen Steppach und Riedöschingen. Bei näherem Augenschein stellte sich dann jedoch heraus, dass der mergelhaltige Baugrund zu schlecht und das Tal viel zu eng waren, um die Hütte kostengünstig bauen, betreiben oder später gar erweitern zu können. Also erkundete man Standortalternativen bei Hondingen, Riedböhringen, Leipferdingen und Aulfingen. Am 28. April 1939 entschied sich die Technische Kommission für ein Gelände in der offenen Baar. Neudingen an der Donau konnte bieten, was anderen Varianten fehlte: ebene und weite Flächen auf gutem Baugrund, der direkt an einer leistungsfähigen Bahnstrecke lag, die über Triberg zum Rhein führte. Zudem war die Donau nicht weit und garantierte die Lösung aller wasserwirtschaftlichen Probleme. Nachteile hatte die Wahl aber auch. Obwohl Grube und Hütte nur 9 km Luftlinie voneinander entfernt lagen, betrug die Entfernung der – über Immendingen führenden – Reichsbahnstrecke nicht weniger als 34 km. Das war für den Erztransport vollkommen unwirtschaftlich und erforderte den Bau einer 12 km langen Werkbahn von Zollhaus nach Neudingen. Allerdings musste dazu ein Tunnel durch den Fürstenberg gebohrt werden, der die Kostenrechnung erheblich belastete.

Die gesamte Entwicklung lief an der Karlsruher Ministerialbürokratie weitgehend vorbei. Zwar hatte Ministerpräsident Walter Köhler am 2. März 1939 von Hanneken zu überreden versucht, auch Landesbeamte in den Entscheidungsprozess einzubinden, doch war er damit vollständig gescheitert. In Karlsruhe konnte man sich mit der Verlegung des Hüttenstandorts aus dem engen Aitrachtal in die offene Baar nicht anfreunden. Insbesondere Landesbauernführer Friedrich Engler-Füßlin hielt es für unsinnig, „die industriellen Anlagen in die rein landwirtschaftlich orientierte Baar zu legen, die als Kornkammer Badens bezeichnet wird und deren landwirtschaftlicher Charakter durch die Ansetzung von Großindustrie völlig zerstört werden würde“²⁴. Engler-Füßlin lehnte damit keineswegs die gesamten Hüttenbaupläne ab. Er und Landesplaner Feldmann plädierten aber für die Beibehaltung des alten Werksstandorts östlich von Blumberg, dem freilich die Orte Epfenhofen-Fützen, Riedböhringen, Riedöschingen, Hondingen, Aulfingen und Kirchen-Hausen zum Opfer fallen mussten. Unterstützung bekamen die beiden von der Berliner Stelle für Raumordnung, die ihre Pläne gefährdet sah, Donaueschingen und Hüfingen zu qualifizierten Garnisonsstandorten auszubauen, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft große Industriekomplexe entstünden.

Landesplaner Feldmann setzte für den 29. April 1939 eine Besprechung in Donaueschingen an, in der er Gerlach und Bornitz mit den massierten Bedenken badischer Ministerial- und Regionalinstanzen konfrontierte. Obwohl sich erstere damit verteidigten, dass der enorme Platz- und Wasserbedarf einer Eisenhütte nur von einem Standort direkt an der Donau zu decken war, ließen sich die badischen Behördenvertreter nicht überzeugen. Stattdessen schalteten sie Reichsstatthalter Robert Wagner ein, der sich wacker um eine Standortwahl im Aitrachtal bemühte. Freilich musste dieser bald erkennen, dass gegen die vom RWM favorisierten Pläne kaum Widerstand möglich war. Am 13. Juni 1939 wies er die Reichsstelle für Raumordnung zwar nochmals „auf die Nachteile hin, die ein Verlassen des geografisch abgeschlossenen Aitrachtals und ein Vordringen der Industrie in die offene Baar zur Folge haben: Zerstörung der Struktur eines gesunden Bauerntums, Zer-



Im September 1939 entstehen Detailpläne: Hochofengruppe mit Erzturm, Staatsarchiv Freiburg.

störung des Reizes einer bis jetzt völlig unberührten Landschaft, Schädigung der Fremdenindustrie“. In der Sache jedoch machte Wagner einen Rückzieher und teilte mit, er könne sich bei der „außerordentlichen Bedeutung des Erzbergbaus nicht dazu entschließen, formellen Einspruch gegen die bestehenden Planungsabsichten zu beantragen“²⁵.

Im Sommer 1939 legten die Werksingenieure Dr. Alfons Graff (Burbacher Hütte) und Dr. Eduard Senfter (Röchling) einen gemeinsamen Planentwurf²⁶ vor, der den Bau von vier Hochöfen mit einer Tagesleistung von je 300 t in Neudingen vorsah. Zur Amortisation der Investitionskosten ersannen die beiden Ingenieure eine perfekte Wärmewirtschaft: Anstatt einen Großteil der beim Verhüttungsprozess anfallenden Gichtgase ungenutzt entweichen zu lassen, sollten diese ein Kraftwerk und eine Kokerei mit Energie versorgen. In letzterer konnte nicht nur 500.000 t Hochofenkoks gewonnen werden, sondern auch rund 200 Mio. m³ Koksofengas, das man als Ferngas über ein Rohrleitungsnetz beim württembergischen Nachbarn abzusetzen gedachte oder aber als Energie-

grundlage für ein großes Elektrizitätswerk oder ein Hydrierwerk auf dem Hüttenstandort verwenden wollte²⁷. Dem Papier zufolge kostete das Hüttenwerk samt Kokerei 55 Mio. RM. Weitere 20 Mio. RM mussten für den Ausbau des Bergwerks und der Aufbereitungsanlagen aufgewandt werden. Mit 8 Mio. RM schlug die Bahnstrecke samt Tunnel zu Buche, der Rest entfiel auf den notwendigen Siedlungsbau und die Anlaufkosten des Vorschmelzwerks. Insgesamt lag das Investitionsvolumen bei fast 88 Mio. RM. Leider standen den Saarlütten nur etwa 73 Mio. RM zur Verfügung.

Die Kostenüberschreitung löste unterschiedliche Reaktionen bei den Hauptbeteiligten aus. Während Röchling hauptsächlich an der von ihm wenig geliebten Aufbereitung sparen wollte, setzten seine Partner andere Prioritäten. Rudolf Siedersleben, als Teilhaber der Firma Otto Wolff auch Miteigentümer des Neunkircher Eisenwerks, teilte dessen Generaldirektor Kugener am 24. Juni 1939 mit, er sei sich mit Generalmajor von Hanneken einig, dass das Hüttenprojekt keinesfalls um weitere Anlagen für Schlackeverwertung, Kokerei oder Hydrieranlage ergänzt werden könne. Die vorgelegten Wirtschaftlichkeitsberechnungen seien

fraglich, die erforderlichen Mittel nicht aufzubringen²⁸. Siedersleben versuchte auch den teuren Bau der Hüttenbahn zu verhindern und schlug der Reichsbahndirektion Karlsruhe im August 1939 vor, eine eigene Strecke von Blumberg über Neudingen nach Donaueschingen zu bauen.

Im Oktober 1939 gingen erste Signale aus dem RWM ein, man könne mit dem Hüttenbau im kommenden Frühjahr beginnen. Die Regierungsbeamten folgten den Vorschlägen der beiden Saaringenieure jedoch nicht, sondern machten deutlich, „dass der Hüttenbau nur auf eine reine Hochofenanlage begrenzt wird. Es sollen die früher geplanten Bauten, wie Kokerei, Bahnverbindung Neudingen-Blumberg usw. in Fortfall kommen“²⁹. Sämtliche Planungen hatten aber Vorsorge dafür zu tragen, dass eine spätere Realisierung der Anlagen noch möglich war. Freilich wurden nicht überall Abstriche angeordnet. Die Kapazität des Vorschmelzwerks sollte sogar erheblich anwachsen: von bislang geplanten 1.200 t auf 2.000 t pro Tag. Zwar blieb die Zahl der Hochöfen mit vier gegenüber den vorangegangenen Entwürfen unverändert, doch stiegen deren Einzelleistungen gewaltig an: von 300 t auf 500 t. In Berlin erwartete man eine kurze Bauzeit: Die ersten zwei Hochöfen waren bis Sommer 1941 fertigzustellen, die beiden anderen im Abstand von weiteren 12 bis 18 Monaten. Um keine Zeit zu verlieren, beschloss die Technische Kommission am 28. Oktober 1939, 300.000 RM vom Aufsichtsrat der DAG anzufordern, um den Erwerb des künftigen Werksgeländes einzuleiten und mit dem Bau von Straßen, Gleis- und Stromanschlüssen, von Werkstätten, Waschkauen und Baracken bald beginnen zu können.

Hermann Röchling ärgerte sich über die behördlich verfügten Planänderungen. Als ihn der Neunkircher Betriebsdirektor Hubert Gödel Ende Oktober 1939 zu einem Gespräch aufsuchte, hatte er keinen leichten Stand. Seinen Notizen zufolge hielt ihm der maßlos erregte Röchling vor: „Dass die Kokerei nicht gebaut wird, ist

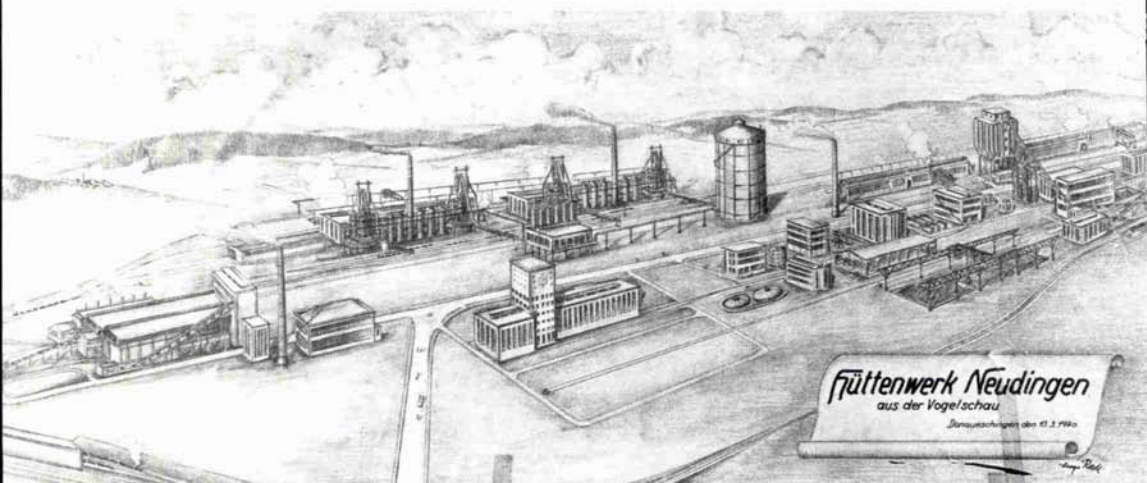


Hüttenkraftwerk mit Wasserhochbehälter. Planungsstand September 1939, Staatsarchiv Freiburg.

Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar

das Werk von Neunkirchen. Schließlich sei es einzig und allein das Werk Neunkirchens, dass die geplante Werksbahn von der Grube zur Hütte Neudingen nicht gebaut wird. Unter keinen Umständen lasse er sich weiterhin eine derartige Behandlung von Neunkirchen gefallen. Wenn Neunkirchen seine Einstellung nicht grundlegend ändert, werde er uns auch in derselben Weise entgegentreten“³⁰. Der Vortrag offenbart, wie sehr sich die langjährigen Partner entfremdet hatten. Während Röchling große Hoffnungen auf das Vorschmelzwerk auf der Baar setzte, beurteilte man die Qualität seiner Produkte in Neunkirchen dagegen außerordentlich kritisch: „Vorschmelzeisen ist jeder Dreck, der eben noch aus dem Hochofen rausläuft“³¹, spottete Betriebsdirektor Gödel und verglich es mit „Schrott von nicht gerade erster Qualität. Wir werden uns in die angenehme Lage versetzt sehen, diesen durchaus nicht einwandfreien Schrott mit einem Einstandspreis von 75 bis 80 RM pro t zu verhütten“³². Für einwandfreien Schrott hatte man allerdings üblicherweise nur 35 RM pro t zu zahlen.

Mit Kriegsbeginn trat schlagartig jene Situation ein, für die man mit dem Bau des Vorschmelzwerks in Neudingen eigentlich hatte vorsorgen wollen: Die Minettezufuhr war unterbrochen und die grenznahen Saarhütten lagen bereits im September 1939 fast allesamt still. Lediglich Neunkirchen produzierte noch mit halber Kapazität und setzte das dort wenig geliebte Erz aus der Baar ein. Wachsende Bestandshalden führten dann im Oktober 1939 dazu, dass die DAG den Tagebau in Blumberg stilllegte. Das Unternehmen durfte nicht einmal hoffen, seine Absatzverluste durch Lieferungen an die Ruhrhütten auszugleichen, konnten diese doch



Hüttenwerk Neudingen aus der Vogelschau. Vordergrund: links der Hüttenstraße: Erzsilos und Erzaufbereitungsanlagen, rechts der Hüttenstraße: Kesselhaus, Wasserhochbehälter, Kraft- und Gebläsehaus. Hintergrund: in Verlängerung der Hüttenstraße: vier Hochöfen, rechts davon der große runde Gichtgasbehälter, weiter rechts die beiden lang gestreckten Koksbatterien mit dem großen viereckigen Kohlenturm in der Mitte. Vor der Kokerei direkt über der Bildlegende: Produktionsstätten für die Nebenerzeugnisse der Kokerei (Pech, Teer, Ammoniak) Planungsstand: März 1940. Staatsarchiv Freiburg.

das hochwertige Schwedenerz während der ersten Kriegsmonate ungehindert weiter beziehen. Ungünstig wirkte sich auch die Tatsache aus, dass die Berliner Behörden den Schwerpunkt der inländischen Erzförderung auf das verkehrsgünstiger gelegene Revier von Salzgitter legten. Das Oberbergamt Karlsruhe musste dem Blumberger Betrieb deshalb schon im November 1939 mitteilen, er erhalte Arbeitskräfte nur noch im Rahmen des Ersatzes für Ausfall. An eine Ausweitung der Tagesförderung auf die ursprünglich für 1940 geplanten 4.500 t war demnach nicht mehr zu denken. Dennoch verzeichnete die DAG für 1939 eine Jahresfördermenge von fast 920.000 t Roherz. Das waren 110 Prozent Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Im Dezember 1939 setzte anhaltender Frost ein. Er behinderte den Bezug schwedischer Erze über die Ostsee monatelang so stark, dass die Ruhrhütten eine Reihe von Hochöfen stilllegen und vermehrt auf Lieferungen aus Deutschland zurückgreifen mussten. Von 14,5 Prozent im August des Jahres 1939 stieg die Quote inländischer Erze am Thomasmöller auf mehr als 40 Prozent im April 1940³³. Zwar entstammte der größte Teil den Lagerstätten von Salzgitter, doch versandte auch die DAG rund 280.000 t Doggererz zu den Montanbetrieben an der Ruhr³⁴. Vor diesem Hintergrund schenkten die Berliner Behörden dem badischen Bergbau wieder größere Beachtung. Der gravierende Waggonmangel ließ freilich erwarten, dass die Blumberger Erze erst dann einen merklichen Beitrag zur Versorgung der Ruhr leisten konnten, wenn sich ihr Transportvolumen entscheidend verminderte. Genau dies war die Aufgabe des Hüttenwerks, das fünf Tonnen eisenarmes Erz in eine Tonne Vorschmelzisen mit hohem Metallgehalt verwandeln konnte. Von Hanneken trieb unter diesen veränderten Umständen die Dinge nun endlich stärker voran und entsandte am 1. Dezember 1939 Dr. Rudolph Gerlach in den Vorstand der DAG. Am 2. März 1940 gab auch Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk nach und teilte mit, er sei nun „einverstanden, daß mit dem Bau des geplanten Vorschmelzwerks jetzt begonnen wird, weil ohne dieses die kriegswichtige Erzeugung der Gesellschaft nicht zu den Hütten an der Ruhr befördert werden kann“³⁵. Das RWM gab daraufhin die ersten Eisenkontingente für den Bau in Neudingen frei, obwohl die Verhandlungen mit den örtlichen Landwirten über den notwendigen Grunderwerb gerade erst begonnen hatten.

Als problematisch für eine zügige Projektierung der Anlagen hatte sich von Anfang an der Umstand erwiesen, dass DBG und später DAG nur über ein kleines Hüttenbaubüro verfügten, das durch Einberufungen zum Kriegsdienst nochmals dezimiert wurde. Da Röchling wegen der Schließung seines Werks über reichlich unbeschäftigtes Personal verfügte, ließ er sich im September 1939 mit den Projektierungsarbeiten für Neudingen beauftragen. Im Donaueschinger Hotel Lamm, das der Kommerzienrat kurzerhand gemietet hatte, betrieb fortan eine umfangreiche Arbeitsgruppe weitere Planungen für das Vorschmelzwerk. DAG-Vorstandsmitglied Gerlach opponierte freilich schon im Januar 1940 beim Aufsichtsratsvorsitzenden Wittke gegen den untragbaren Zustand, dass die strategischen Planungen einer Gruppe oblagen, der er selbst keinerlei Weisung erteilen konnte. Da auch das Hüttenbaubüro der DAG unbeirrt an eigenen Konzepten werkelte, stellte der Neunkircher Betriebsdirektor Gödel im März 1940 „eine unersprießliche Doppel- und Nebeneinanderarbeit“³⁶ der beiden Teams fest. Hinzu kamen persönliche Diffe-

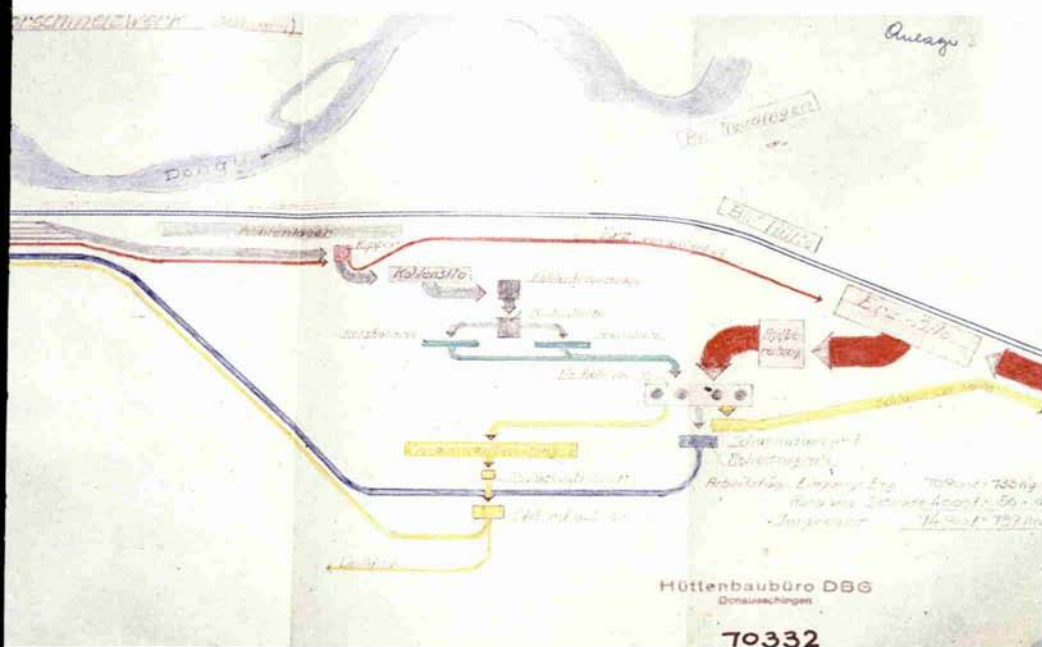
renzen zwischen Gerlach und Röchlings Chefplaner Senfter. Das Problem wurde dadurch gelöst, dass man Röchlings Konstruktionsbüro in die Unternehmensorganisation eingliederte, Senfter andere Aufgaben wahrnahm und der Völklinger Kommerzienrat befristet bis zum Januar 1941 vom Aufsichtsrat in den Vorstand wechselte. Dort war er zusammen mit Gerlach zuständig für „Leitung, Planung und Durchführung der in Neudingen zu errichtenden Hochofen-Anlage mit allen zusammenhängenden Nebenanlagen“³⁷. Ein lukrativer Vertrag, den er am 19. Juni 1940 mit dem Blumberger Unternehmen schloss, wälzte die Lohnkosten für Röchlings Hüttenbaubüro auf die DAG ab und sicherte Röchling eine stattliche Provision von rund 750.000 RM zu³⁸.

Im Laufe des Frühjahrs schälten sich die endgültigen Dimensionen des Hüttenprojekts auf der Baar heraus. Die Beteiligten entschieden sich, zunächst 3 Hochofen mit einer Tagesleistung von jeweils 400 t zu errichten und den späteren Bau eines vierten Hochofens in den Plänen zu berücksichtigen. Zur Verbesserung der Rentabilität sollte das Werk nun doch mit Kokerei, Großkraftwerk und einer 12 km langen Zubringerbahn vom Blumberger Abbaubetrieb ausgestattet werden. Als Abnehmer für das als Nebenprodukt anfallende Kokereigas bestimmte das RWM die rüstungswirtschaftlich wichtigen Industrieregionen um Stuttgart, Heilbronn, Heidenheim und Ulm. Dort gründeten Städte und Gemeinden unter Führung des Stuttgarter Oberbürgermeisters Karl Strölin am 12. Februar 1940 den Zweckverband Gasversorgung Württemberg, der den Bau einer Ferngasleitung zu den eigenen Verbrauchernetzen übernehmen wollte. Sogar die bislang abseits stehende Gutehoffnungshütte zeigte erstmals Interesse am Hüttenbauprojekt. Da sie im nahe gelegenen Gutmadingen seit Jahren einen Grubenbetrieb unterhielt, bot sie von Hanneken an, das Vorschmelzwerk mit eigenen Erzen zu beliefern und so eine deutliche Kostentlastung für das Hüttenprojekt herbeizuführen, aus der sogar die vorzeitige Errichtung eines vierten Hochofens zu finanzieren sei³⁹.

Am 23. April 1940 reichte die DAG beim Bezirksamt Donaueschingen einen formellen Antrag⁴⁰ ein und bat um die amtliche Genehmigung zum Bau eines Vorschmelzwerks bei Neudingen. Dem Schreiben beigefügt waren Pläne und ein mehrseitiger Bericht, der Aufschluss über die Grundzüge des Projekts gab. Die topographischen Verhältnisse bestimmten Lage und Form des lang gestreckten und schmalen Werksgeländes im Donautal, denn der Fluss und die ihn begleitenden Anhöhen ließen die erforderliche Längenausdehnung des gesamten Komplexes nur parallel zum Talverlauf zu. Die Anordnung der Betriebsanlagen im Werksgelände selbst musste den gewaltigen Materialfluss optimieren und auf die bestehenden Verkehrsbeziehungen Rücksicht nehmen: Aus Nordwesten, von Donaueschingen her, lieferte die Reichsbahn Kohle von der Saar an und transportierte das in Neudingen erzeugte Vorschmelzeisen dorthin zurück. Deshalb konzentrierten sich am flussaufwärts gelegenen Ende des Werksgeländes umfangreiche Gleis- und Bahnhofsanlagen, denen sich das Kohlenlager und die Kokerei anschlossen. Am entgegengesetzten, südöstlich gelegenen, Ende lieferte die DAG-eigene Privatbahn das Roherz aus Blumberg an. Dort wurden sämtliche Anlagen zur Entladung, Lagerung und Aufbereitung des Erzes eingeplant. Dazwischen lagen Hochofen und Hüttenkraftwerk. Sie bildeten das Herzstück des ausgedehnten Industriekomplexes.

Der erste Spatenstich erfolgte am 29. April 1940, gerade eine Woche nachdem der Vorstand seinen Genehmigungsantrag in Donaueschingen eingereicht hatte. So begannen mitten im Zweiten Weltkrieg 50 Bauarbeiter, zwei Löffelbagger, zwei Dampflokomotiven und 100 Schmalspurwagen mit der Realisierung eines Vorhabens, das nach Schätzungen der DAG etwa 55.000 t Eisen, 10.000 m² Holz, 26.000 t Zement und 75,7 Mio. RM Investitionskosten verschlingen sollte. Die Arbeiten konzentrierten sich zunächst darauf, das Baugelände einzuebnen, eine Werksstraße zu verlegen und die erforderlichen Wohnbaracken für mehrere hundert Arbeiter zu errichten. Ein ehrgeiziger Zeitplan sah vor, drei der vier Hochöfen bis Mitte des Jahres 1943 fertigzustellen. 1.683 Mann sollten später einmal in diesem Industriekomplex Arbeit finden, 433 direkt an den vier Hochöfen. Die Baar schien beste Aussichten zu haben, das schwerindustrielle Zentrum Badens zu werden.

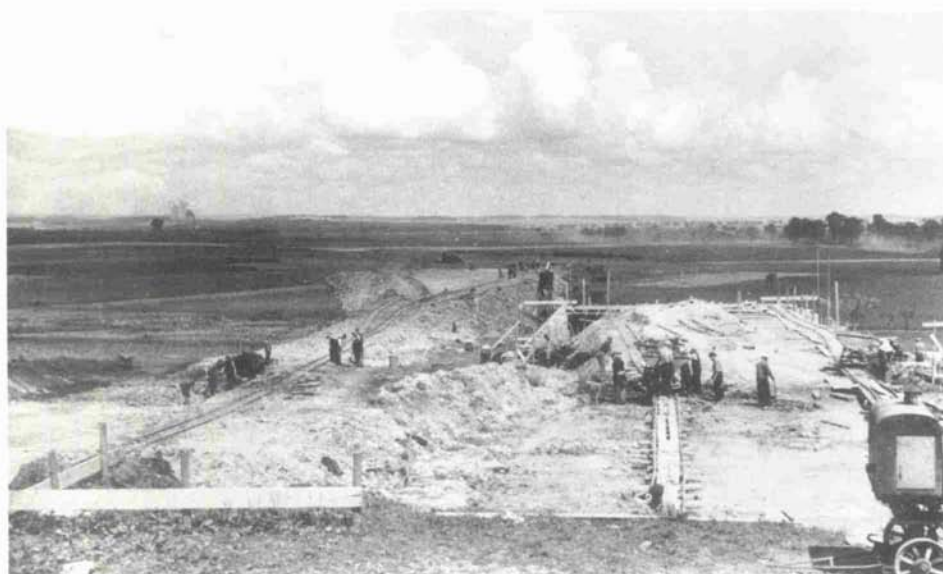
Bevor es soweit war, mussten sich DBG und ihr Rechtsnachfolger DAG allerdings noch eines juristischen Problems annehmen, das seit 1934 seiner Lösung harpte. Es bestand darin, dass das Unternehmen Erzabbau ohne bergrechtliche Konzessionen betrieb und seine Betriebsanlagen auf Grundstücken errichtete, die anderen gehörten: Grundeigentümer und Inhaber der meisten Bergbauberechtigungen war das Haus Fürstenberg in Donaueschingen. Zwischen DBG und Fürstlicher Verwaltung hatte es bereits jahrelange Verhandlungen gegeben, die im Herbst 1938 zu dem kuriosen Ergebnis gelangt waren, dass die DBG einen Kaufvertrag über 11 Eisenerzfelder unterschrieben und den Kaufpreis in Höhe von 175.000 RM an das Haus Fürstenberg überwiesen hatte, das Fürstliche Haus seine Unterschrift



Der Stofffluss in Neudinger Vorschmelzwerk. Planungsstand: Februar 1940.
Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion Freiburg.

unter das ausgehandelte Dokument jedoch verweigerte, weil man sich über den Inhalt eines Nebenvertrags nicht hatte einigen können⁴¹. Da die DBG im März 1939 beschlossen hatte, ihre Eisenerzförderung in Blumberg drastisch zu steigern, versuchte sie im Verlaufe des Sommers die Angelegenheit abschließend zu regeln und bot der Fürstlichen Verwaltung an, 300.000 RM für insgesamt 15 Bergbauareale zu zahlen. In Donaueschingen beauftragte man den renommierten Oberberggrat Dr. Karl Schnarrenberger mit der Prüfung des Angebots und erhielt die beruhigende Bestätigung: „Das Angebot der Doggererz Bergbau GmbH zum Verkauf des Abbaurechts wird für sachgemäß gehalten“⁴². Prinz Max nahm es an und unterzeichnete am 30. April 1940 einen Kaufvertrag über 15 Bergwerksfelder⁴³ mit einer Gesamtfläche von 2.745 ha. Darüber hinaus wechselten zwei insgesamt 187 ha große Waldgrundstücke auf den Markungen Hondingen (Distrikt Stoberg) und Riedböhringen für 407.305 RM den Eigentümer⁴⁴. Im Gegenzug verpflichtete sich die DAG, in ihren Werkskantinen die Erzeugnisse der Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei ununterbrochen zum Ausschank zu bringen und auf den Speise- und Getränkekarten an erster Stelle aufzuführen.

Prinz Max blieb nicht der einzige Vertragspartner der Saalhütten. Auch der badische Staat verfügte über beachtlichen Feldesbesitz. Von ihm hatte die DBG bereits im Jahre 1937 eine 2.560 ha große Fläche erwerben können. Um dieses Gebiet mit den vom Hause Fürstenberg erworbenen Arealen verbinden zu können, kaufte das Blumberger Unternehmen dem badischen Staat im November 1939 weitere 259 ha Bergwerksfläche⁴⁵ ab und erweiterte seinen Feldesbesitz auf insgesamt 5.564 ha. Die DBG hatte damit endlich die eigentumsrechtlichen Grundlagen dafür geschaffen, dass der Eisenerzabbau auf der Baar einer gesicherten Zukunft entgegensetzen schien.



Im Frühling 1940 begannen die Bauarbeiten in Neudingen. Saarstahl AG.

Tab. 1: Förderplan der Saarhütten vom 21. März 1939

	Zum Vergleich: Ist-Stand 1.1.1939	Erforderliche Belegschaft und Wohnungszahl, geplante durchschnittliche Roherzförderung und Aufbereitung in t pro Kalendertag				
		1939	1940	1941	1942	1942+x
Wohnungen	960	1.160	1.470	1.600	2.150	2.300
Gesamtbelegschaft Bergwerk	1.427	1.750	2.200	2.400	3.200	3.500
Grubenförderung	1.700	2.200	3.200	4.100	6.500	10.000
Tagebauförderung	1.300	1.300	1.300	1.300	1.500	0
Gesamtförderung Blumberg	3.000	3.500	4.500	5.400	8.000	10.000
Aufbereitungskapazität	2.600	2.900	2.900	2.900		
Verbleibendes Roherz	400	600	1.600	2.500		
Roherzabnahmekapazität Saarhütten	600	600	1.000	1.000		
Überschüssiges Roherz	0	0	600	1.500		

Von den 960 verzeichneten Wohnungen waren am 1.1.1939 lediglich 412 fertiggestellt, 548 befanden sich im Bau. Für die Zeit nach Inbetriebnahme des Vorschmelzwerks (Mitte 1942) existieren keine Angaben über die voraussichtliche Aufbereitungskapazität. Die letzte Tabellenspalte (1942+x) beschreibt die Planungen für den Zeitraum nach Erschöpfung der Tagebaue (erwartet für ca. 1949).

Tab. 2: Technische Daten, Investitionskosten und jährliche Betriebskostendifferenz (in Mio. RM) für zwei Standortalternativen des 1939 geplanten Vorschmelzwerk in der Baar

Zahl und Tagesleistung der Hochöfen	4 Öfen à 300 t = 1.200 t	
Jahreserzeugung des Hüttenwerks an Vorschmelzeisen	420.000 t	
Zahl der Arbeitnehmer	ca. 1.650 einschl. Kokerei	
Nebenanlagen	Kokerei, evt. Hydrierwerk	
Investitionskosten und Betriebskostendifferenzen	bei Wahl des Standorts bei/im	
Kostenstellen	Neudingen	Aitrachtal
Bergwerksanlagen	13,0	13,0
Aufbereitungsanlagen	6,6	6,6
Hüttenwerksanlagen	55,0	60,5
Eisenbahn außerhalb Hüttengelände	8,1	0,6
Siedlungskosten (nur DBG/DAG)	3,0	3,2
Anlaufkosten	2,0	2,0
Gesamtsumme der Investitionen	87,7	85,9
Jährliche Betriebsmehrkosten gegenüber Standort Neudingen	-	0,27

Quelle: Bericht Graff/Senfner vom 28.8.1939, StF. Der Hüttenstandort im Aitrachtal hätte 1,8 Mio. RM geringere Investitionskosten verursacht als der Alternativstandort Neudingen. Dafür wären die jährlichen Transportkosten in Neudingen um 272.000 RM pro Jahr niedriger ausgefallen als im Aitrachtal. Der Grund besteht in der geplanten werkeigenen Eisenbahnstrecke zwischen Blumberg und Neudingen, die den Transportweg um 24 km verkürzt, dafür aber auch 8 Mio. RM zusätzliche Investitionskosten verursacht hätte. Dennoch fällt die Investitionskostendifferenz zwischen beiden Standorten erheblich niedriger aus. Die Ursache dafür besteht in höheren Baukosten, verursacht durch den moorigen Untergrund des Aitrachtals und durch lange Wasserleitungen zwischen Donau und einem Werksstandort im Aitrachtal.

Pläne zum Bau einer Eisenhütte auf der Baar

Tab. 3: Die Vermögensentwicklung der DBG/DAG (1936-1940) in 1.000 RM

Stichtag	1.2.1936	31.12.1936	31.12.1937	31.12.1938	31.12.1939	31.12.1940
Bilanzsumme		3.479	9.770	14.578	22.771	54.155
Bilanzverlust		354	1.083	311	772	644
Betriebsanlagen	1.239	2.260	5.487	7.367	10.220	18.940
Umlaufvermögen	322	379	1.135	1.701	5.046	10.905

Quelle: Jahresbilanzen DBG/DAG, StF. Anmerkungen: Die **Bilanzsumme** steigt 1940 infolge Gründung der DAG stark an und umfasst u.a. 16,3 Mio. RM noch ausstehende Einlagen auf das Grundkapital. Die Angaben über die **Betriebsanlagen** sind vermindert um die jeweiligen Wertberichtigungen in der Bilanz und beinhalten auch Anzahlungen auf Betriebsanlagen. 1940 erfolgt ein starker Anstieg der Werte, weil Anzahlungen in Höhe von 3,7 Mio. RM für das bestellte Hüttenkraftwerk in Neudingen geleistet werden. **Umlaufvermögen**: 1939 führen umfangreiche Erzlieferungen an die Ruhrhütten zu einem signifikanten Anstieg. Da man an der Ruhr die ungewohnt hohen Preise weder anerkennen noch zahlen will, steigen die Forderungen aus Warengeschäften erheblich an. 1940: Als Folge der Kapitalerhöhung verfügt die DAG über höhere flüssige Mittel, was das Umlaufvermögen stark ansteigen lässt.

Tab. 4: Betriebsergebnisse der DBG/DAG (1936-1940) in 1.000 RM

Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzerlöse aus Erzverkäufen	22	1.376	4.632	5.047	5.917
Arbeitsförderung/Förderprämie	58	-	-	2.994	3.712
Aktivierete Kosten für selbsterstellte Anlagen	417	527	839	133	1.440
A. Summe Betriebserträge	497	1.903	5.471	8.174	11.069
Personalkosten	232	856	2.278	3.841	4.654
Abschreibungen	1.254	582	779	1.323	1.829
Zins- und Steuerzahlungen	-	18	70	91	120
Betriebs- und Verwaltungskosten	237	639	2.430	3.785	4.778
B. Summe Betriebsaufwendungen	1.723	2.095	5.557	9.040	11.381
C. Betriebsverlust (B-A)	1.226	192	86	866	312

Quelle: Bilanzen, sowie Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) DBG/DAG, StF. Der besseren Vergleichbarkeit wegen wurden viele Zahlen den GuV der Folgejahre entnommen. Diese enthalten auch die Werte für das jeweils zurückliegende Jahr und sind meist präziser als die GuV für das jeweils aktuelle Jahr.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Wolf-Ingo Seidelmann
Weinbergstraße 12 · 96472 Rödental

Anmerkungen

Abkürzungen:
DAG: Doggererz AG
DBG: Doggererz-Bergbau GmbH
RWM: Reichswirtschaftsministerium

- 1 Vierjahresplan in der Fassung vom 10.1.1937, Bundesarchiv-Militärarchiv Wi I F 5 Bü2363.
- 2 In Völklingen existierte darüber hinaus ein weiterer Röstofen mit einer Kapazität von ca. 400 t pro Tag.
- 3 So klagte etwa Generaldirektor Wittke, die Dillinger Hütte habe im vorausgegangenen

Geschäftsjahr 1,5 Mio. RM Verlust eingefahren: „Hiervon kämen 1,2 Mio. auf das Konto Doggererz. Eine solche Unterbilanz könne er nicht vertreten, da sie auf Dauer zum Bankrott führe“. Protokoll der Besprechung der Saarhütten vom 15.12.1938, Staatsarchiv Freiburg, Bestand Doggererz AG (künftig abgek. StF).

- 4 Denkschrift über die bisherigen und zukünftigen Aufwendungen der Saarhütten für die Gewinnung und Verwertung der südbadischen Doggererze aus Zollhaus Blumberg, Stadtarchiv Neunkirchen, Depositem Saarstahl AG, unverzeichneter Bestand (künftig abgek. NK).
- 5 Röchling an Aufsichtsrat vom 9.7.1937, Registratur der Saarstahl AG, Werk Völklingen (künftig abgek. VK) E-K 65/286.
- 6 Röchling und Neunkircher Eisenwerk an

- RWM vom 17.9.1935, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Landesbergdirektion, Freiburg (künftig abgek. LBA) 10A/110.
- 7 Siehe dazu: PAUL RHEINLÄNDER, Die deutsche Eisen- und Stahlwirtschaft im Vierjahresplan, Berlin 1939; HEINRICH BÄUMER, Die Eisen schaffende Industrie im Dritten Reich, Diss. 1941 und MATTHIAS RIEDEL, Die Eisenerzversorgung der deutschen Hüttenindustrie zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 58 (1971)S. 482 ff.
 - 8 Undatierter, nicht unterzeichneter, keine Namen nennender „Vertraulicher Bericht“, NK.
 - 9 Aktenvermerk vom 21.1.1939, NK.
 - 10 Der Bericht beziffert die Betriebskosten je t Roheisen aus Minette auf 52 RM, aus Vorschmelzweisen auf 60 RM und aus Doggererz auf 70 RM (Bericht vom 21.1.1939, NK). Treffen diese Angaben zu, belegen sie eine Feststellung des ehemaligen Generaldirektors des Neunkircher Eisenwerks, Erich Tgahrt. Der mit den Saarinterna bestens vertraute Manager war 1938 zu Hoesch gewechselt und berichtete anschließend im Kreise der Ruhrhütten, „daß die Dinge von der Saar stark übertrieben würden“. Vermerk Lübsen an Kellermann vom 12.11.1938, Haniel-Archiv Duisburg (Künftig abgek. HA) 400 101 303/4b.
 - 11 Zwischenbericht vom 26.1.1939, StF. Die Planzahlen beziehen auf Kalendertage und liegen nominal um 20 Prozent niedriger als die Zahlen der DBG, die mit arbeitstäglichen Förderzahlen rechnete (1 Jahr = 300 Arbeitstage). Das langfristig angestrebte Jahresförderziel von 3,6 Mio. t entspricht demgemäß einem Volumen von arbeitstäglich 12.000 t (DBG) und von kalendertäglich 10.000 t (Staat und Doggererzkommission). Spätere Unterlagen sind einheitlich auf Kalendertage kalibriert.
 - 12 „Ermittlung (Senfters) des Gesamtkapitalaufwandes zum Vollausbau der Erzgruben und zur Errichtung eines Vorschmelzwerkes in Zollh.-Blumberg vom 31.1.1939“, VK 2184. Es waren zu investieren in den Bergbau 16,8 Mio. RM, in die Aufbereitungsanlagen 12,7 Mio. RM, in den Hüttenbau 54,4 Mio. RM und in den Wohnungsbau 7,6 Mio. RM.
 - 13 Dokument „Sitzung 8.2.1939“, LBA 10/10. Röchling hatte allerdings kurz zuvor erfolglos versucht, drei seiner vier Partner auszubooten. Er reiste im Dezember 1938 nach Berlin, um dem RWM den Ausschluss der Werke in Dillingen, Burbach und Halbach von den weiteren Gesprächen vorzuschlagen. Der Saarindustrielle verfolgte die Absicht, den Eisenhüttenbau in der Baar allein mit den Neunkircher Eisenwerken und den staatlichen Hermann-Göring-Werken zu realisieren. (Aktennotizen Röchling vom 17.12.1938, VK 2185 und vom 7.1.1939, VK 2184.) Röchlings handelte dabei in der Vermutung, dass drei der fünf Saalhütten seinen bedingungslosen Einsatz zur Erschließung und Verhüttung des badischen Doggererzes nur halbherzig unterstützten, weil sie daraus wenig Nutzen ziehen konnten, denn Neunkirchen und Völklingen waren die einzigen Werke in rein deutschem Besitz. Vor allem sie mussten Vorsorge dafür treffen, dass Zahlungsbilanzprobleme oder militärische Konflikte ihre Erzzufuhr unterbanden. Die Werke in Dillingen, Burbach und Halbach dagegen besaßen ausländische Haupteigentümer, die allesamt über Minettegruben verfügten. Diesen lag die Rentabilität ihrer eigenen Saalhütten in Friedenszeiten wahrscheinlich so sehr am Herzen, dass sie auch bei schweren deutschen Zahlungsbilanzproblemen für die notwendigen Minettelieferungen sorgen würden. Sollte dagegen ein Krieg zwischen Deutschland und seinen Nachbarn ausbrechen, so wäre die Sicherstellung der deutschen Eisenproduktion wohl die geringste Sorge der ausländischen Mutterkonzerne gewesen.
 - 14 Sitzungsprotokoll vom 9.2.1939, StF.
 - 15 Poensgen an Röchling vom 5.12.1938, HA 400 101 290/42.
 - 16 Vermerk Lübsen an Kellermann vom 12.11.1938, HA 400 101 303/4b.
 - 17 Sitzungsprotokoll der Doggererzkommission der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie vom 2.3.1939 und Bericht der Kommission vom 17.3.1939, StF. Als A-Fall bezeichnete man damals den Kriegsfall.
 - 18 Wie Anm. 17
 - 19 RWM an Otto Wolff vom 17.7.1938, VK 2184.
 - 20 Unterlagen zur Besprechung vom 21.3.1939, NK. Exakte Zahlen siehe Tabelle 1 im Anhang.
 - 21 Randbetriebe werden an Bergflanken betrieben, Großbetriebe dienen dem Abbau großer zusammenhängender Vorkommen auf Bergkuppen.
 - 22 Vgl. dazu Seidelmann, Die Eisenerze der Baar im Rahmen des Vierjahresplans von

- 1936, in: *Schriften der Baar* 41 (1998) S. 47 f.
- 23 In den nachfolgenden Monaten machten die übrigen Saarrhütten mit dem Einsatz gerösteten Erzes derart schlechte Erfahrungen, dass man im Neunkircher Eisenwerk darüber nachsann, Röchlings Röstöfen stillzulegen und die noch brauchbaren Teile zum Aufbau von drei weiteren Lurgiöfen mitzuverwenden. Vermerk vom 23.10.1939, NK.
- 24 Reichsstelle für Raumordnung an RWM vom 11.5.1939, Bundesarchiv Berlin R 113/1404.
- 25 Landesplanungsgemeinschaft Baden an Reichsstelle für Raumordnung vom 13.6.1939, LBA 10A/109.
- 26 Bericht Graff/Senfter vom 28.8.1939, StF. Zu den Details vgl. Tabelle 2 im Anhang. Auffällig ist, dass das DBG-Hüttenbaubüro im Frühjahr 1939 zwar eigene Planungen betrieben hatte, diese jedoch in der späteren Diskussion bis zum Frühjahr 1940 keine große Rolle mehr spielten. Wohl um die übrigen Saarwerke aus dem Frühstadium der Entwurfsplanung herauszuhalten, übertrug Röchling diese Arbeiten auf werkseigene Ingenieure unter der Leitung von Dr. Senfter.
- 27 Sitzungsprotokoll der Technischen Kommission vom 28.4.1939, LBA 10A/111.
- 28 Siedersleben an Kugener vom 24.6.1939, VK 2494.
- 29 Sitzungsprotokoll der Technischen Kommission vom 28.10.1939, StF.
- 30 Vermerk Gödel vom 23.10.1939, NK. Das Stadtarchiv Neunkirchen stellte für die zweite Hälfte der 1930er Jahre einen Diplom-Ingenieur Hubert Göddel als Bewohner einer firmeneigenen Villa des Neunkircher Eisenwerks fest. Zahlreiche Werksunterlagen, die Gödel zu einem Teil sogar selbst abgezeichnet hat, legen indessen den Schluss nahe, dass er seinen Namen nur mit einem d schrieb.
- 31 Vermerk Gödel vom 19.12.1939, NK.
- 32 Wie Anm. 30.
- 33 Riedel, wie Anm. 7, S. 493.
- 34 Die Zahl bezieht sich auf den Zeitraum vom September 1939 bis Juni 1940. Die Ruhrindustrie nahm das teure und schwer zu verarbeitende Material allerdings nur sehr unwillig ab und verweigerte überdies die Bezahlung offener Rechnungen der DBG. Riesige Erzstapel in den Mainhäfen Frankfurt, Hanau und Aschaffenburg waren die Folge.
- 35 Reichsfinanzministerium an DAG vom 2.3.1940, StF.
- 36 In seinem Vermerk vom 13.3.1940 stellte Gödel enttäuscht fest, dass „trotz der vielen Planungen, die vom Baubüro Röchling bereits durchgeführt sind, so gut wie nichts fertig zur Bestellung vorliegt. Es muss alles noch in die klare Linie hineingebracht und der genaue Umfang der Bauten festgelegt werden“. NK.
- 37 Vertrag Röchling DAG vom 19.6.1940, StF.
- 38 Diese Regelung hob der DAG-Aufsichtsrat am 2. Mai 1941 wieder auf und fand Röchling für seine bisherigen Dienste mit 200.000 RM ab.
- 39 H. Reusch an Ministerpräsident Köhler vom 21.3.1940, LBA 10A/114. Röchling hatte der Gutehoffnungshütte jahrelang vergeblich vorgeschlagen, ein gemeinsames Hüttenwerk in der Baar zu errichten. Reusch lehnte dies regelmäßig ab und urteilte über Röchlings letzten Vorschlag: „Der Zweck des Schreibens von Röchling ist doch nur, irgendwie an unsere Erzfelder heranzukommen“. Reusch an Kellermann vom 5.8.1938, HA 400 101 308/0.
- 40 DAG an Bezirksamt Donaueschingen vom 23.4.1940, LBA 10A/104.
- 41 Wie Anm. 22, S. 62 ff.
- 42 Gutachten Schnarrenberger vom 20.2.1940, Fürstl. Fürstenberg, Kammer, Generalia Bergbau, Das Eisenerzvorkommen bei Gutmadingen und Blumberg 1937–1941, Vol. 2 Fasz. 4, Fürstl. Fürstenberg, Archiv (künftig, Abgek. FFA), Donaueschingen.
- 43 Es handelt sich um 2.745 ha Feldesfläche mit den Namen: Berchen, Fürstin Irma, Dorotheengruben I bis III, Fürstenberg, Hucheneegg, Goldbach, Max-Egons-Bergwerk, Großer Buchberg, Kleiner Buchberg, Zollhaus, Wolfental, Bohlkopf und Randen.
- 44 Kaufverträge vom 30.4.1940, LBA 9A/96 und FFA wie Anm. 42.
- 45 Kaufvertrag vom 10./15.11.1939, LBA 9A/98. Zur 1937 erworbenen Konzessionsfläche: wie Anm. 22, S. 65. Siehe auch GUSTAV ALBIEZ, *Eisenerz-Bergbau in Blumberg 1934–1942*, *Schriften der Baar* 30 (1974) S. 173 f. Eine Karte der Feldesabgrenzungen ist abgedruckt bei GÜNTER WALCZ, *Doggererz in Blumberg*, Konstanz 1983, S. 50 f. Weitere Literatur zum Thema: JOACHIM STURM (Hrsg.), *Blumberg – Die Geschichte einer Stadt*, Vöhrenbach 1995, S. 19–231 und S. 319–380, sowie HANS WOLFGANG BÄCHLE, *Eisenerzbergbau, Hüttenwerke, Folgeindustrien im Bereich der Schwäbischen Alb*, Schwäbisch Gmünd 1995, S. 270–287